

Das Volk muss das letzte Wort haben

Die Verfügbarkeit von Energie bestimmt weitgehend die Form unserer Wirtschaft und Gesellschaft. Sie definiert unseren Lebensstandard und unsere Lebensweise. Mit dem von Bern neuerdings angestrebten Ausstieg aus der Kernkraft steuert die Energieversorgung der Schweiz auf eine unsichere Zukunft zu.

VON **DANIEL HELLER**

Die bisherige Energiepolitik soll aufgegeben werden, ohne dass bisher Grundlagen für eine neue bestehen. Auch das Volk wurde bisher zur Sache nicht befragt. Es ist offensichtlich, dass Art. 90 der Bundesverfassung zur Kernenergie geändert werden muss, wenn man «aussteigen» will. Neben der Verfassung verlangen auch Demokratie und Föderalismus, dass Volk und Kantone hier mitreden.

Die Verfügbarkeit von Energie und Wirtschaftswachstum hängen eng zusammen: Das zeigt der Stromverbrauch. Die Kurven des Wirtschaftswachstums und des Stromverbrauchs der Schweiz sind in den letzten 20 Jahren parallel zueinander verlaufen. Von 1990 bis 2010 ist das BIP der Schweiz um 29 Prozent, der Stromverbrauch um 28 Prozent gewachsen. Im letzten Jahr wurde in der Schweiz gegenüber dem

Vorjahr wieder 4 Prozent mehr Strom verbraucht. Der Umkehrschluss legt nahe: Eine Verknappung des Stromangebotes wird nicht ohne Folgen für die Konjunktur und die Wirtschaftsleistung der Schweiz bleiben.

Kernkraftwerke decken heute über 40 Prozent unseres Strombedarfs. Geht es nach dem Willen von Bern, soll 2034 das letzte Kernkraftwerk vom Netz gehen. Für das Jahr 2050 rechnet der Bundesrat in einem optimistischen Szenario mit einer Stromlücke von 24,37 TWh. Wie dieser Strombedarf gedeckt werden soll, liegt noch im Dunkeln. In den Unterlagen des Bundesrates hiess es dazu, dass «aus Termingründen nicht auf detaillierte energiewirtschaftliche Perspektivmodelle zurückgegriffen» werden könne.

Mit dem Wegfall der Kapazitäten aus den Kernkraftwerken wird unsere Auslandsabhängigkeit weiter zunehmen. Neben Erdöl und Erdgas werden wir in Zukunft wohl auch Strom importieren müssen. Von welchem Energieträger dieser Strom stammen wird, ist dabei offen. Strom aus Kohle- und Gaskraftwerken, aber auch aus Kernkraftwerken wird dabei sein. Die Schweiz wird bei einem allfälligen Atomausstieg auch nicht um den Bau von eigenen Gaskombikraftwerken beziehungsweise Wärmekraftkoppelungsanlagen herumkommen. Mit einem solchen Szenario werden wir unsere Klimaziele kaum noch erreichen. Die Förderung der erneuerbaren Energien und Sparen kommen hinzu. In der Schweiz sind dies in erster Linie die Wasserkraft

und speziell auch die Geothermie. Zwar dürfen Wind- und Solarkraft nicht vernachlässigt werden, aber ihr Beitrag für die nationale Stromversorgung wird in unseren Breitengraden eher bescheiden bleiben.

Werden gleichzeitig die Kapazitäten für die Stromproduktion beschnitten und will man den Energieverbrauch drosseln, sind Preissteigerungen unausweichlich. Im Bericht des Bundesrates sind die Kostensteigerungen wie folgt ausgewiesen: Heizöl verteuert sich von heute 68,9 Rappen auf 163 im Jahre 2050, Erdgas von 9,8 auf 23,8 Rappen und der Strom von 17,8 auf 46,7 Rappen. Der Benzinpreis soll sage und schreibe 4 Franken erreichen.

Bundesbern muss Kosten und Nutzen aller verfügbaren energiepolitischen Strategien unvoreingenommen auf den Tisch legen. Nur so ist es den Bürgerinnen und Bürgern möglich, sich ein realistisches Bild über die Konsequenzen eines Verzichts auf die Kernkraft zu machen. Wenn man liest, wie der Bundesrat orakelt, dass «ein schrittweiser Umbau des Energiesystems Schweiz allen gesellschaftlichen Kräften viel abverlangen» werde, müssten eigentlich alle Alarmglocken läuten.

Die viel gepriesene Energiewende hat offenbar für unsere Wirtschaft und Gesellschaft einschneidende Folgen mit drastischen Konsequenzen für die persönliche Freiheit und die wirtschaftliche Wohlfahrt. Das ist als Ziel politisch nie diskutiert und schon gar nicht vom Souverän legitimiert worden.